

Akademische Buchhandlung von  
**Max Drechsel, in Bern**  
 Erlachstrasse, 23  
 Jährlich etwa 40 Nummern  
 (deutsche & französische Ausgabe) für  
 Fr. 4 in der Schweiz; Mark 5 in Deutsch-  
 land; Fr. 6 in den anderen Ländern.  
 Alle Buchhandlungen, Postanstalten,  
 sowie der Verlag nehmen Bestellungen  
 entgegen. Einzelnummern 10 ct. = 10 Pf.

# Die Menschheit

Organ des «Bundes für Menschheitsinteressen und Organisierung menschlichen Fortschritts»

Der Jahresbeitrag zum Bund für  
 Menschheitsinteressen bleibt der Selbst-  
 einschätzung der Mitglieder überlassen.  
 Schweizer-Postscheckkonto Bern III  
 496.  
 Die Vereinsstatuten und Probenummern  
 aller seiner Organe werden auf Verlan-  
 gen durch das Sekretariat: Bern, Er-  
 lachstr. 23 gratis zugesandt.

Schweizer Komitee des Bundes: Dr. August FOREL, alt Prof. an d. Univ. Zürich;  
 Nationalrat A. LOCHER, Regierungspräsident, Bern; Regierungsrat Dr. TSCHUMI, Poli-  
 zeidirektor des Kantons Bern; Regierungsrat Dr. MOSER, Bern; Nationalrat G. MÜLLER,  
 Finanzdirektor der Stadt Bern; A. SESSLER, alt Gerichtspräsident, Bern; Prof. Dr. R.  
 BRODA, Bern; Dr. A. DE QUERVAIN, Prof. an d. Univ. Zürich; Dr. A. HUBER, alt Civil-  
 gerichtspräsident, Basel; Dr. A. SUTER, Präs. d. Gemeinderats v. Lausanne; O. VOLKART,  
 Präs. d. Ordens für Ethik u. Kultur; Dr. BUCHER, Präs. d. Schweizer Friedensgesellschaft;  
 Director TOBLER, Bern; Dr. Julian REICHESBERG, Bern; F. RUEDI, a. Grossrat, Lausanne;  
 Dr. F. UHLMANN, Basel; H. HODLER, Genf; WENGER, Kantonsrat, Zürich, u. a. m.  
 Präsident des Bundes: Prof. Dr. R. BRODA, Herausgeber der «Dokumente des Fort-  
 schritts», Bern.

Internationaler Ehrenausschuss: Geheimrat Prof. Dr. W. FÖRSTER, Berlin; Ep.  
 BERNSTEIN, Mitgl. des deutschen Reichstags, Berlin; Graf Arco, 2. Vors. des Bundes  
 «Neues Vaterland» u. 1. Vors. der Ortsgr. Berlin des Deutschen Monistenbundes;  
 Stadtpfarrer UMFRIED, 2. Vors. d. Deutschen Friedensges., Stuttgart; Dr. ELSNER,  
 Senatspräsident a. D., Wien; Dr. Karl GRÜNBERG, Prof. an d. Univ. Wien; Prälat Dr.  
 GIESSWEIN, Mitgl. des ungar. Reichstags, Budapest; Dr. v. URGIN, eh. Vicepräsident d. fin-  
 nischen Landtags; Jean LONGUET, Mitgl. d. französischen Parlaments; A. NAQUET,  
 eh. Senator, Paris; Ramsay MACDONALD, Mitgl. des engl. Parlaments; Lino FERRIARI,  
 eh. Generalprocurator, Como, u. a. m.  
 Alle Zuschriften für die Schriftleitung der „Menschheit“ wolle man an Herrn  
 Fr. RUEDI, Mitglied des Komitees, Lausanne, 3, Jumelles, richten.

Wir suchen zum Gewissen eines jeden Volkes in seiner eigenen Sprache zu sprechen. Wer sich von unserer Unparteilichkeit überzeugen will, wolle die anderen Organe unseres Bundes einsehen.

## Das Vorurteil vom ökonomischen Kriegsgrund.

Von einem Volkswirt.

Es ist eine bekannte Erscheinung, dass die Ver-  
 antwortung für böse Ereignisse von Jedem nach  
 Kräften der eigenen Gegenpartei zugeschrieben  
 wird. Noch nie aber hat diese menschliche  
 Schwäche zu einer so einstimmigen, so kolossalen  
 Geschichtsfälschung geführt, wie in der Beurtei-  
 lung der heutigen Ereignisse.

Ganz allgemein huldigt man heute — in Frie-  
 dens- wie in Militärkreisen — dem Glauben, der  
 Weltkrieg gehe auf vorwiegend *wirtschaftliche* Ur-  
 sachen zurück, der Brotneid der Völker, der Kon-  
 kurrenzneid der sie am Gängelband führenden  
 Kapitalisten sei es, der die Regierungen zu dem  
 fatalen Schritt verleitet habe. — Dabei wird nur  
 eines übersehen: Dass nämlich das «Kapital»  
 oder, deutlicher gesagt, dass die Vertreter der  
 Hochfinanz, des Handels und der Industrie mit  
 ganz wenigen Ausnahmen vorwiegend *an der Er-  
 haltung des Friedens interessiert waren* (wie wir  
 schon aus Norman Angell wissen) und dass der  
 «Militarismus», d. h. die Kultur kriegerischer  
 Ueberlieferungen und Anschauungen umso üppiger  
 blüht, je weniger die Handels- und Industrie-  
 interessen (die Kanonenschmiede immer aus-  
 genommen!) in der hohen Politik zum Wort kommen.  
 Träger des militaristischen und politisch aggres-  
 siven Geistes ist nicht die viel geschmähte Hoch-  
 finanz, sondern die wirtschaftlich grösstenteils pas-  
 siven *feudalen* Kreise, der Erbadel, die gewissen-  
 losen Berufspolitiker und ein grosser Teil der  
 Presswelt.

Gerade die Vertreter der Bank- und Handels-  
 interessen sahen wir in Presse und Parlamenten  
 vor dem Krieg am energischsten für eine *friedliche*  
 Politik, für die internationale Versöhnung und ge-  
 gen die dem nationalen Eigensinn so zuträglichen  
 Schutzzölle Stellung nehmen. Wir brauchen nur  
 an Organe wie die *Frankfurter Zeitung* und das  
*Berliner Tageblatt* in Deutschland, den *Economist*  
 in England zu erinnern, um dem Modeglauben,  
 dass die Handels- und Kapitalinteressen den Krieg  
 heraufbeschworen haben, ad absurdum zu führen.

Und doch begegnen wir diesem Modeglauben  
 selbst in den ernstesten pazifistischen Schriften auf  
 Schritt und Tritt. Ganz allgemein glaubt man der  
 Gefahr neuer Kriege vorzubeugen, indem man die  
 Leitung der Staaten der *grossen Menge* in die  
 Hände legt, die «Wenigen» aber (in welchem  
 Begriff stets die verantwortlichen Staatsmänner mit  
 den Vertretern des Handels, der Industrie und  
 der Hochfinanz vermergt werden) um jeden poli-  
 tischen Einfluss bringt.

Ich dünke doch, wenn *Etwas* vor 1 ½ Jahren  
 Bankrott gemacht hat, so ist es der demokratische  
 Aberglaube, dass ein Beschluss umso gescheiter  
 ausfallen müsse, je mehr Menschen bei ihm mit-  
 gewirkt- und mitgepfuscht haben! Vor zwei Jahren  
 noch konnte man zur Not glauben, eine Versamm-

lung wie das deutsche, englische oder italienische  
 Parlament wüsste den imperialistischen Gelüsten  
 der Regierung einen Riegel vorzuschieben, würde  
 der unverantwortlichen Diplomatie gegenüber die  
 «Vernunft» vertreten! — Was haben wir statt  
 dessen erlebt? Dass sich beispielsweise in der ita-  
 lienischen Kammer über dreihundert überzeugte  
 Pazifisten unter dem Druck der interventionis-  
 tischen Propaganda sozusagen über Nacht in  
 begeisterte Kriegsfreunde verwandeln liessen! —  
 Und wenn wir mit Italien exemplifizieren, so  
 geschieht es nicht, weil wir das deutsche, oester-  
 reichische, französische Parlament für um ein Haar  
 besser hielten, sondern einfach weil sich dort der  
 Umschwung in den bekannten Maitagen in be-  
 sonders krasser und sinnfälliger Form vollzog.  
 Tatsache ist, dass bei dieser Gelegenheit sämtliche  
 Parlamente die von pazifistischer Seite in sie ge-  
 setzten Hoffnungen bitter *enttäuscht* und sich als  
 geradezu ideales Publikum für jede nationalis-  
 tische Verhetzung, als unbeschränkt suggerierbare  
 Schafherden erwiesen haben.

Wenn man die von Kindesbeinen an auf den  
 Antimilitarismus und Internationalismus einge-  
 schworene Opposition als Friedensmacht mit sol-  
 cher Einstimmigkeit *versagen* und ins entgegen-  
 gesetzte Lager übergehen sieht, wie es 1914 der  
 Fall war, so muss man sich als ehrlicher Mann  
 gestehen: das demokratische Friedensrezept hat  
 versagt; der Parlamentarismus hat sich zur Ver-  
 hütung des Krieges ohnmächtig gezeigt; die äus-  
 sere Politik ist durch die Mitwirkung der öffent-  
 lichen Meinung nicht klüger geworden, vielmehr  
 haben die Regierungen (und die hinter ihnen ste-  
 henden Kriegshetzer) es verstanden, Parlament und  
 Meinung ins Schlepptau zu nehmen, selbst die  
 Opposition für ihre Ziele mürbe zu machen. Die  
 Vorbereitung des Krieges ist etwas komplizierter  
 und kostspieliger geworden, indem heute nicht nur  
 die Armee, sondern auch die Presse mobilisiert  
 werden muss. Aber das ist *Alles*: Im Grunde sind  
 die Völker noch ebenso schlecht und egoistisch  
 regiert wie früher, nur dass man es heute versteht,  
 die Interessen der regierenden Minderheiten in  
 hochklingende Phrasen vom «Volksinteresse», von  
 nationaler «Existenz» und «Ehre» etc. zu klei-  
 den. — An Stelle eines einzigen Tyrannen ist die  
 Masse der Parlamentarier, der Berufspolitiker und  
 gewisser Zeitungsschreiber getreten, deren jeder  
 seinen kleinen Gewinn haben will; aber gescheitert  
 ist die Maschine dadurch nicht geworden. Im Ge-  
 genteil löst der Staat seine Aufgaben umso  
 schlechter, je mehr er sich deren zumisst, je mehr  
 Leute sich um politischen Einfluss streiten.

So, behaupte ich, müsste ein unvoreingenom-  
 mener Betrachter der neuesten politischen Ereig-  
 nisse sprechen. — Aber was hören, was sehen wir  
 statt dessen? — Dass jeder nur daran denkt sich  
 selbst und seine Parteigänger möglichst rein zu  
 waschen, alle Schuld der verehrten *Gegenpartei*  
 aufzuhalten: Staatsmänner, Erzieher, Gelehrte,  
 Militärs, Bürokraten, Zeitungsmänner und Prole-  
 tariat, sie denken einzig daran, möglichst ihr ei-

genes Stück Verantwortung zu verleugnen und da-  
 für einen Sündenbock zu finden. — Wo aber ist  
 dieser Sündenbock?

Für den Arbeiter ist es der Kapitalist, der Ar-  
 beitgeber oder «Spekulant». — Für den Zeitungsmann,  
 den patriotischen Geschichtsschreiber ist es  
 der *Feind*, dem man, um die Sache glaubhafter zu  
 machen, irgendwelche egoistische Absichten, ir-  
 gendwelche mit den eigenen unvereinbare *Wirt-  
 schaftsinteressen* zuschreibt. Für den Priester, den  
 von keiner Sachkenntnis angekränkelten Moralpre-  
 diger und Weltverbesserer ist es die Genussucht,  
 der Materialismus, der Mangel an Gottesfurcht  
 und Nächstenliebe?

Was soll da für ein Resultat herauskommen?

Am dringendsten ist die Notwendigkeit, einen  
 Sündenbock für ihr eigenes Treiben zu finden, für  
 Staatsmänner, Politiker und die Macher des öffent-  
 lichen Meinungs. Sie haben sich, wenigstens in  
 Deutschland, dahin geeinigt, dass einzig der Neid  
 ihrer Gegner, besonders der Engländer, den Krieg  
 verursacht haben könne. Schon, um mit ihrer An-  
 schuldigung überhaupt Glauben zu finden, müssen  
 sie dem Feind irgend einen vernünftigen Grund,  
 irgend ein greifbares Interesse an der Vernichtung  
 Deutschlands zuschreiben, — und natürlich kann  
 dasselbe nur *wirtschaftlicher* Natur sein. Staats-  
 männer und Politiker wollen heute um jeden Preis  
 nur als Beauftragte des «Volkswillens» und der  
 «Nationalinteressen» gelten. Also haben sie alle  
 Interesse daran, dass die Menge an unversöhnliche  
 wirtschaftliche Interessenkonflikte glaubt, von  
 denen sie, die Staatsmänner, gewissermassen am  
 Schopf erfasst werden. Selbst wenn die Legende  
 von den englischen Kriegsstiftern einmal in Nichts  
 zusammenfallen sollte, so haben sich damit die  
 Staatsmänner der Zentralmächte einen Rückweg  
 und ein gutes Gewissen gesichert: Der Krieg war  
 unvermeidlich geworden; Deutschlands Handel  
 und Industrie jeder Entwicklungsmöglichkeit be-  
 raubt. «Wir brauchten ein Plätzchen an der  
 Sonne» — und mussten es uns verschaffen, wie  
 es eben gieng!

Wie sollten aber, wenn sich die Regierung selbst  
 zu einem solchen Fatalismus bekennt, die regie-  
 rungstreuen Geschichtsschreiber und National-  
 ökonomen der Versuchung zu einer solchen Erklä-  
 rung widerstehen? Ist nicht seit Karl Marx der  
*historische Materialismus* an der Tagesordnung?  
 Will nicht schon die wissenschaftliche *Mode*, dass  
 man für jedes Ereignis zunächst nach ökonomi-  
 schen Gründen sucht? — Und erst die Volks-  
 wirt? Mussten sie sich nicht durch die Bedeu-  
 tung, die man ihrem Fach plötzlich zuschrieb, in  
 ihrer Gelehrten-eitelkeit geschmeichelt fühlen? Wie  
 hätten sie (und die heute zahlreich in ihrem Ge-  
 folge marschierenden Historiker und Zeitungs-  
 schreiber) der Versuchung zur Entdeckung ökonomi-  
 scher Kriegsgründe widerstehen sollen?

Nicht zuletzt war es ein gewisser politischer Ra-  
 tionalismus, war es das Bestreben, alles mensche-  
 liche Handeln zu *rationalisieren*, das Irrationale  
 in der Geschichte auf Vernunftgründe zurückzu-

führen, das uns diesen Modeglauben aufnötigte. — Man ist zu stolz, um sich die ungeheure *Dummheit* der ganzen Katastrophe einzugestehen. Man will irgend einen Vernunftgrund dafür haben, und läge er auch nur auf der Seite des Gegners.

So wirkt denn heute Alles zusammen, um uns *vorwiegend wirtschaftliche* Kriegsursachen vorzuspiegeln: Der Neid der Nichtbesitzenden gegen die Besitzenden, die beschränkte Hetze des Chauvinisten, das schlechte Gewissen des Berufspolitikers und Zeitungsmanns, die materialistische Geschichtsinterpretation und die antimaterialistischen Sittenprediger, — und nicht zuletzt die Eitelkeit des volkswirtschaftlichen Fachgelehrten. — Alle sind einig, dass nur der sündige wirtschaftliche *Egoismus* den Krieg verschuldet habe, — nur dass diesen Egoismus fast jeder in einem andern Lager sucht. — Wie könnte man aber auch an seine Tugend glauben, wenn man den Gegner nicht als einen Ausbund von Untugend und Eigennutz zurecht konstruierte!

Wie sieht dem gegenüber die Wirklichkeit aus? — Vor allem viel unvernünftiger. — *Zum Egoismus sind die Meisten zu dumm!* — sonst wäre der Krieg nicht ausgebrochen. Die wahren Gründe der Katastrophe werden wir nach Jahren ruhiger Einkehr und Ernüchterung erfahren. Sicher dürfte aber soviel sein, dass wir von menschlicher und vor allem staatsmännischer Vernunft nachher viel *geringer denken* werden als heute. — Wir werden die noch Manchem mysteriösen Gesetze der *Massenpsyche* kennen lernen, werden wohl auch erkennen, in welch erschreckendem Masse es Europa in den kritischen Tagen an wirklichen *Führern* fehlte, wie sehr die Suggestion und Ansteckung die zielbewusste Ueberlegung unterjochte.

Dass es wirklich «Kriegsinteressenten» giebt, d. h. Privatunternehmer, die aus dem Krieg Nutzen zu ziehen hofften, soll nicht bestritten werden. Aber sie waren eine *kleine Ausnahme*, besonders in den Staaten, die wie England nicht ernstlich mit der Gefahr einer internationalen Verwicklung rechneten. Die englischen Finanz- und Handelskreise waren durch und durch pazifistisch gesinnt, hingen mit jeder Fiber ihres Herzens am Frieden. In beschränkterem Masse war das in Frankreich der Fall, obgleich bei den russischen Anleihen die Provisionsucht der Grossbanken vielleicht schwerer ins Gewicht fiel als diplomatische Gründe.

Hätte, wie heute behauptet wird, in England wirklich eine starke Geistesströmung zugunsten einer wirtschaftlichen Unschädlichmachung Deutschlands bestanden, so hätte sie eine ungleich einfachere und billigere Waffe zur Hand gehabt als die «Einkreisung» und den Weltkrieg; nämlich den *Schutzzoll*, die Aufgabe des Freihandels. Dass die Chamberlain'sche Propaganda gegen die freihändlerische Tradition nichts ausrichtete, und dass man auch dem deutschen Rivalen gegenüber die Politik des freien Marktes bewahrte, ist der unumstössliche Beweis dafür, dass das offizielle England die Gefahr des wirtschaftlichen Ruins *nicht ernst* (vielleicht zu wenig ernst) *nahm* und sich vom wirtschaftlichen Frieden grössere Vorteile versprach als vom Krieg.

Dagegen beweist auch die Tatsache nichts, dass *nach* Kriegsausbruch der Brotneid der Londoner Krämerwelt sich in barbarischen Akten Luft machte. Das war auch in Belgien, Italien und Russland der Fall, und doch hat diese Staaten noch niemand angeklagt, den Krieg aus Furcht vor Deutschlands wirtschaftlicher Vormachtstellung heraufbeschworen zu haben. Natürlich erfuhr das Denken der Kaufmannswelt mit dem Augenblick des Kriegsausbruchs eine totale Umwertung, die nur der nicht sehen will, der eben bewusst auf *Sündenböcke* Jagd macht.

Wir behaupten, hätte in der europäischen Politik überhaupt das «Krämer-» oder Wirtschaftsinteresse den Ausschlag gegeben, so wäre überhaupt kein Krieg. Denn so intelligent waren die leitenden Financiers alle, dass sie wussten, dass die erdrückende Mehrheit der Unternehmer und Kauf-

leute bei einem solchen Experiment alles zu verlieren hatte.

Speziell in der (stark mit israelitischen Elementen durchsetzten) deutschen, französischen und englischen Bankwelt war diese Einsicht allgemein. Wenn man diesen Kreisen überhaupt einen Vorwurf machen kann, so ist es der des zu blinden Vertrauens in die teilweise aus feudalen, wirtschaftlich ungeschulten Kreisen rekrutierte Diplomatie.

Zur Verhütung von Missverständnissen sei bemerkt, dass diese Kritik des Modeglaubens an die wirtschaftlichen Kriegsursachen nicht irgendwelcher Unkenntnis oder Geringschätzung der volkswirtschaftlichen Wissenschaft entspringt. Wer dies schreibt, ist ein Volkswirt, der dem ökonomischen Geschichtsfaktor nicht nur überragende Bedeutung beimisst, sondern der die wissenschaftliche Neufundierung der materialistischen Geschichtsauffassung als sein hauptsächlichstes Verdienst betrachtet. — Trotzdem kann ich mich der Einsicht nicht verschliessen, dass man dieser Geschichtsinterpretation in letzter Zeit etwas zu einseitig, zu modehaft gehuldigt hat.

Gewiss, die Handlungen der Menschen und Staaten werden grossenteils durch ihre Wirtschaftsinteressen bestimmt. Aber ein grosser Irrtum ist es, zu glauben, dass diese Einwirkung immer bewusst vor sich gehe, dass die Menschen ihre Interessen immer zu erkennen vermögen. Speziell die Wirtschaftsinteressen ganzer Völker liegen noch sehr im Dunkeln, weshalb sie auch so leicht mit denen ihrer Regierungen verwechselt und ihnen geopfert werden. Soviel darf aber schon heute als gesichert gelten, dass kein Volk aus einem modernen Kriege wirtschaftlich Nutzen zieht. Wo im nationalen Interesse ein Krieg gefordert oder gerechtfertigt wird, da herrscht entweder über diese Interessen bedauerliche Unklarheit — oder sie werden bewusst als Schlagwörter gebraucht und den Interessen einer Dynastie, Regierung oder regierenden Klasse untergeordnet.

W. EGGENSCHWYLER.

Wir erhalten nachstehende Erwiderung auf den «Un camarade» gezeichneten, aus Paris datierten Artikel unserer französischen Ausgabe (vom 26. April).

Liebe Gefährtin,

Ihre Gefühle lebhaft teilend, die Sie im dem Artikel «Si les civils voyaient ça» dargelegt haben, möchte ich in meinem und im Namen aller zivilisierten Frauen der Welt aus tiefstem Herzen protestieren gegen den brudermörderischen Krieg!

Wehe der weiblichen Stimme, die sich dagegen zu erheben wagt! Ich will ihr in's Gesicht schleudern:

«Unwissende Bestie, werde erst Frau!»

Liebe Gefährtin, wir Frauen, wir Verbündeten müssen den Sieg erringen. Die wahrhaft mutigen Männer werden uns in diesem Kampfe mit ihrer Kühle von Verstand da helfen, wo unser Gefühl zu weit gehen sollte.

Verstand und Herz sollen und müssen als Sieger aus dem chaotischen Kampf des 20. Jahrhundert's hervorgehen.

Ich reiche Ihnen, liebe Gefährtin, die Hand.

Gertrude Vuadens-Calmus.

Geborene Deutsche.

### Vereinigung Angehöriger kriegführender Staaten im neutralen Ausland.

In der *Vereinigung Angehöriger kriegführender Staaten im neutralen Ausland* in Zürich sprach am 3. Mai *Architekt Rotter* vor ca 100 Zuhörern im Schweizerhof, über die *Welt-Republik*. Seine Darlegungen lassen sich summarisch als Lebensprinzipien auf ethisch-idealer Grundlage bezeichnen. Die Diskussion wurde u. a. benützt von den HH. *Heering*, *Dr. Moscovitz*, *Kaufmann*, *Fr. Heumann* und *Dättwiler*, welcher die Arbeitsmethode seiner Friedensarmee skizzierte. Der Präsident der Vereinigung, Kantonsrat *Wenger*, kündigte drei weitere Vorträge für die nächste Zeit an, nämlich von *Nationalrat Dr. Studer*, *Herrn Heering* und *Herrn Wild (St-Gallen)*. Nachdem früher schon a. Grossrat *De Morsier* aus *Genf* vor der Vereinigung gesprochen, wird die *Brücke* mit dem Vortrag *Wild (St-Gallen)* zwischen *West und Ost* gebaut sein.

## Zum türkischen Problem

H. Reinhardt.

Wie im Nordwesten Belgien eine gefährliche Klippe bei den Friedensverhandlungen zu werden droht, so wird im Südosten die Türkei den Reibungspunkt der beiden Mächtegruppen bilden und später wider Anlass zu neuem erbittertem Hader geben. Schon seit langem ist das Osmanenreich das Zielfeld politischer Intrigen und Provozierungen und scheint, wenn keine, die europäische Lage gänzlich umgestaltenden Ereignisse eintreffen, zu einem eigentlichen Pufferstaate oder Vasallen heranzuwachsen.

Bei den gegenwärtigen Zuständen kommt wohl manchem eine derartige Behauptung paradox vor und doch ist es sehr wahrscheinlich, dass Gesagtes früher oder später zur Tatsache wird.

Wer die Geschichte der vergangenen letzten Jahrzehnte aufmerksam durchsieht, bemerkt auch, dass das Ziel der Orientpolitik von Deutschland, England, Frankreich, Russland eine Art Schutzherrschaft über die Türkei oder doch ein Bündnis mit ihr zum Schaden einer Mächtegruppe war und dass sämtliche dieser Länder systematisch an der Verwirklichung ihres Planes arbeiteten.

Das Gelingen dieses Vorhabens würde naturgemäss dem betreffenden Staate ein beträchtliches Uebergewicht über seine Rivalen eingebracht haben, was diese andererseits wieder zu Revanche aufgereizt hätte, wodurch das politische Gleichgewicht Europas in bedenkliches Wanken geraten wäre.

Durch das deutsch-türkische Bündnis wird auch der schwächere Bruderstaat, nämlich die Türkei, vor Stärkeren, also von Deutschland, sehr abhängig und durch das intensive Zusammenarbeiten dieser Länder werden schliesslich beide in bestimmten Grade auf einander angewiesen und das Schicksal des einen wird später auch das Schicksal des andern sein.

Es ist wohl gegenwärtig unmöglich, dass eine Mächtegruppe ihre Gegner wirklich, d. h. nicht nur strategisch, sondern auch wirtschaftlich, ökonomisch besiegt und niederringt, und es wird dann auch wahrscheinlich sein, dass nach einigen Jahrzehnten, sofern keine diesbezüglichen Massnahmen getroffen werden, wieder ein ähnliches Ringen entsteht.

Einem solchen Ereignisse vorzubeugen ist Aller Pflicht und Aller Recht, denn Alle, ob sie einem neutralen oder kriegführenden Staate angehören, haben unter solchen Katastrophen zu leiden.

Nicht zum letzten liegt aber ein solcher Antrieb und eine Ursache solcher Kämpfe im Orient und vorab in der Türkei und die radikale Beseitigung dieses Anstosses würde denn auch zu einem dauernden europäischen Frieden erheblich beitragen.

Und das einzig wirksame Mittel zur dauernden Verhinderung solcher Reibungen wäre deshalb vorab wohl unzweifelhaft eine völkerrechtlich und staatlich garantierte *Neutralität der Türkei*, unter Ausscheidung von Armenien (türkische und russische Territorien), das zu einem eigenen Staatswesen, unter Protektorat der Grossmächte, umgebildet werden sollte.

Unter dem Einflusse europäischer Kultur würden sich dann die inneren Zustände dieser Länder bald bessern, zumal auf diese Weise auch die politische Konkurrenz der europäischen Staaten nicht aufkommen könnte.

Eine solche Lösung des türkischen Problems müsste ebenfalls auf die Balkan-Lage abklärend wirken und zum mindesten könnten so die endlosen Wirren lokalisiert werden.

Damit der Türkei die innere Reform auf allen Gebieten ermöglicht werden könne, sollten die Grossmächte ihr ebenso bestimmten finanziellen Kredit gewähren und derart die Reorganisation des türkischen Staates tunlichst fördern, dass er selbst bald wirklich fähig würde, im europäischen Staatenkonzerte mitzuwirken und dort seine eigene Stelle zu behaupten. Dann wird er auch nicht mehr das Ziel imperialistischer Politik und einen Zankapfel zwischen den Mächten finden.

Verantwortl. Verl. und Buchdrucker Fr. Ruedi, Lausanne.